

Die Lösung als Teil des Problems

Die Hayek-Gesellschaft diskutiert das richtige Maß der Regulierung nach der Finanzkrise

wmu. JENA, 29. Juni. Wo waren all die klugen Ökonomen in der Finanzkrise? Die von der früheren lettischen Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga formulierte rhetorische Frage zog sich wie ein Leitmotiv durch die diesjährigen Hayek-Tage der Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft, die am Wochenende in Jena zu Ende gingen. Vike-Freiberga rührte damit nicht nur an das Selbstverständnis der Disziplin, sie warf auch die grundlegende Hayeksche Frage auf, wie viel noch so kluge Fachleute überhaupt über komplexe Phänomene wissen können. Die lettische Politikerin, die in Jena die Hayek-Medaille 2009 verliehen bekam, beklagte das komplette "Versagen der Experten": So gut wie kein Ökonom habe die Krise prognostiziert. Viele von ihnen müssten deshalb nun ihren Instrumentenkasten überprüfen: Offenbar könne man die Krise mit "einfachen psychologischen Hypothesen" besser erklären als mit schwierigen mathematischen Modellen, sagte Vike-Freiberga, die vor ihrer politischen Karriere viele Jahre als Experimentalpsychologin in Kanada forschte. Mathematische Modelle seien "psychologisch leer".

Damit war der Bogen zu jenem "Methodenstreit" geschlagen, der derzeit in der Ökonomik für Aufregung sorgt. Auch die in Jena dominierenden OrdnungsökonomInnen, die in dem Streit die Grenzen quantitativer Methoden betonen, warnten indes davor, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Viktor Vanberg (Universität Freiburg) sagte, die formale Sprache der Mathematik könne der präziseren Formulierung von Aussagen dienen. Ihr Gebrauch müsse aber problemorientiert erfolgen. Erich Weede (Universität Bonn) unterstützte Mathematik nicht nur als Theoriesprache, sondern auch den Einsatz ökonometrischer Verfahren als für die empirische Überprüfung von Theorien als "unerlässlich". Freilich sei keine Theorie schon allein deshalb gut, weil sie mathematisch formuliert sei, und es gebe auch wertvolle nichtquantitative empirische Verfahren, etwa historischer Art. Weede forderte eine "Zweisprachigkeit der Ökonomik": Jeder gute Ökonom müsse in der Lage sein, seine Theorien verbal und mathematisch zu erklären und zu überprüfen. Berend Diekmann, Referatsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, sagte, keine Richtung der Volkswirtschaftslehre habe sich in der Krise "mit Ruhm bekleckert". Das gelte nicht für die mathematisch arbeitenden Wirtschaftswissenschaftler, sondern auch für die OrdnungsökonomInnen, die sich in den vergangenen Jahren mit vielem beschäftigt hätten, aber nicht mit Finanzmarktthemen.

Dass ordnungsökonomische Defizite dennoch ein wesentlicher Bestandteil der Krisenerklärung sein müssen, zeigte Ernst-Joachim **Mestmäcker**, langjähriger Direktor am Max-Planck-Institut für Privatrecht in Hamburg, der zusammen mit Vike-Freiberga die Hayek-Medaille 2009 erhielt. Wenn der frühere amerikanische Notenbankpräsident Alan Greenspan sage, die Finanzkrise habe sein Weltbild erschüttert, weil sie zeige, dass sich der Egoismus nicht selbst reguliere, belege dies nur Hayeks These, "dass Ökonomen die normativen und institutionellen Grundlagen der Prozesse, die sie analysieren, häufig nicht mehr kennen oder vernachlässigen". Es sei sinnlos, "Gier" zu geißeln und nach "besserer Moral der Akteure" zu rufen, sagte **Mestmäcker**. Gerade in der Krise stelle sich vielmehr die alte, schon von Adam Smith und David Hume gestellte Frage nach der "Zivilisierung des Egoismus durch Recht und Wettbewerb".

Abstrakt war diese These in Jena unstrittig. Darüber, welche Rolle der Staat bei dieser "Zivilisierungsaufgabe" spielt, gingen die Meinungen indes auseinander. Das zeigte vor allem die Diskussion über das richtige Maß der Bankenregulierung. **Mestmäcker** sagte, dass die klassischen Haftungsprinzipien des Vertragsrechts im Bankensektor versagten, da der Konkurs einer Bank mit unübersehbaren Risiken für Dritte verbunden sei, die einem "Flächenbrand" glichen. Schon Adam Smith habe einen Eingriff in die Freiheit der Banken gerechtfertigt: Wenn die Inanspruchnahme von Freiheitsrechten durch einige wenige Unternehmen geeignet sei, die Sicherheit der Gesellschaft im Ganzen zu gefährden, dann sei es die Aufgabe der Regierung, "Brandwände zu errichten, um die Ausbreitung von Feuer zu verhindern".

Ganz anders argumentierte Konrad Hummler, geschäftsführender Teilhaber der Schweizer Privatbank Wegelin. Für ihn war die bestehende Regulierung eine wesentliche Ursache der Krise, weil sie den Banken in Europa die Gewissheit verschafft habe, nie Konkurs gehen zu können. Die "Zero-Accident-Politik", die einen Bankenkonkurs von vornherein ausschloss, habe etwa die Verbriefung von Kreditforderungen zu attraktiv gemacht. Zudem habe die "Dauerrettungspolitik" zu Beginn der Krise - etwa in Fällen wie IKB, Northern Rock und Bear Stearns - eine "enorme Umverteilung zugunsten des Bankensystems" in Gang gesetzt. Die Großbanken hätten sich Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit verschafft, kritisierte Hummler, der auch

Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers ist. Die staatlichen Rettungspläne seien "Teil der Katastrophe, nicht der Rettung". Durch den Wegfall der Konkursdrohung werde die Informationsfunktion des Kapitalmarkts praktisch verschüttet.

Als fatal sieht Hummler das Zusammenspiel zwischen der "kartellartigen Stellung der Banken" und den politischen und administrativen Entscheidungsträgern. Mittelfristig erwartet der Bankier indes, dass die zunehmende Regulierung zu Ausweichreaktionen führen wird, die vielleicht sogar die Banken überflüssig machen könnte. Formen der direkten Finanzierung, die sich derzeit über Internetplattformen etablierten, ließen erkennen, dass es auch "ohne" gehe. Der Staat müsse dort nichts regulieren, er müsse nur "Ordnung" schaffen - im Sinne von Regeln des Privatrechts, die die "Zuverlässigkeit" der Akteure garantierten.

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.